

# KONFERENZ DES FORUMS MITTELEUROPA ERNEUT ZU GAST IN DRESDEN



Mit seiner geografischen Lage und seiner Geschichte ist Sachsen aus europäischer Sicht eine Brücke zwischen Ost und West. Deutlich wird diese Rolle durch das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag. Zur diesjährigen Konferenz trafen sich Teilnehmer aus Polen, Tschechien, Ungarn, Österreich und Sachsen in Dresden.



Moderatorin Dr. Zuzana Lizcová mit den Gästen Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Oliver Schenk, Prof. Dr. Jiří Pehe und Dr. Kai-Olaf Lang

# Mitteleuropas Interessen im

— Konferenz des Forums Mitteleuropa tagt in Dresden

**Das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag besteht seit über zehn Jahren. Es hat das Ziel, die Beziehungen der Länder Mitteleuropas auf parlamentarischer Ebene zu stärken. Am 9. April 2024 tagte die Konferenz zum dritten Mal seit der Gründung des Forums in Dresden. Das Thema der Veranstaltung lautete: »Mitteleuropäische Perspektiven vor den Europawahlen«.**

## Mitteleuropäische Antworten

Die Begrüßungsansprache im Plenarsaal des Sächsischen Landtags hielt der Initiator des Forums, Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner. Mit Blick auf den Ursprungsgedanken des Forums sagte er, dass man gemeinsam nach mitteleuropäischen Antworten auf europäische Fragen suche. Mitteleuropa verstehe er als eine Wertegemeinschaft, die auf einer demokratischen Bürgergesellschaft aufbaue. Die Europäische Union biete ihren Mitgliedsstaaten viele Chancen und habe unbestrittene Erfolge vorzuweisen. Sie dürfe sich allerdings nicht im Mikromanagement verlieren, sondern solle sich am Prinzip der Subsidiarität orientieren. Auch der Ausbau von Forschung und Infrastruktur, die Stärkung des Außenhandels, eine geordnete Migration sowie die Sicherung der EU-Außengrenze müssten zukünftige Schwerpunkte der europäischen Politik sein.



Dr. Matthias Röbner

## Demokratieentwicklung am Scheideweg

An die Begrüßung des Hausherrn schloss sich der erste Programmteil der Konferenz an. Er stand unter dem Motto »Mitteleuropäische Erwartungen an die Europäische Union«. Dazu richtete Dr. Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, eine Videobotschaft an die Zuhörer. Er wies darauf hin, wie wichtig

die anstehende Europawahl sein werde. Es gehe darum, ob Europa den Weg der liberalen Demokratie fortsetze oder auf den Pfad der Autokratie gerate. Der Präsident der Ungarischen Nationalversammlung, Dr. László Kövér, betonte in seinem Impulsreferat, dass die Europäische Union einst als Projekt für Frieden und Wohlstand geschaffen worden sei. Doch während die westlichen Länder nach und nach die europäische Gemein-

schaft gestaltet hätten, habe Ungarn lange zuschauen müssen. Deshalb habe er große Erwartungen an die Europäische Union. Nötig sei eine Reform der europäischen Verträge.

Das Forum Mitteleuropa helfe dabei, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu fördern, erklärte Prof. Dr. Jiří Drahoš, Erster Vizepräsident des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik. Die drängendsten Probleme in Europa sehe er bei der äußeren Sicherheit, Fragen der Energieversorgung sowie dem Umgang mit Kriegsflüchtlingen. Drahoš würdigte die Zusammenarbeit Sachsens und Tschechiens im Bereich der Wasserstofftechnologie. Dies werde die gesamte mitteleuropäische Region stärken. Über den Krieg Russlands gegen die Ukraine bemerkte er, dass eine Appeasementpolitik nicht erfolgreich sein werde.

Marek Krzakała, Vorsitzender der Polnisch-Deutschen Parlamentariergruppe im polnischen Sejm, erinnerte zunächst an die polnischen Parlamentswahlen im Jahr 2023. Die Strategie der alten PiS-Regierung, mit einem europa- und deutschlandfeindlichen Kurs erfolgreich zu sein,



# Jahr der Europawahl



Video der Konferenz auf YouTube:  
<https://youtu.be/rdRDTQaqB6g?si=miGxTG-uXkhTjjCj>

sei nicht aufgegangen. Im gegenwärtigen Ukrainekrieg dürfe nicht vergessen werden, dass Russland der Aggressor und die Ukraine das Opfer sei.

In der anschließenden Podiumsdiskussion ergriff dann zuerst Prof. Dr. Jiří Drahoš das Wort. Er sehe, dass die Blickwinkel auf den Krieg in der EU unterschiedlich seien. Doch gerade Ungarn habe keine Lehre aus der einstigen russischen Hegemonie in Ost- und Mitteleuropa gezogen. Ungarns Parlamentspräsident Dr. László Kövér hielt dagegen. Sein Land habe nicht nur Lehren aus der kommunistischen, sondern auch aus der westlichen Herrschaft nach 1990 gezogen. Mit Russland müsse man leben, so gut es möglich sei. Wladimir Putin mache keinen Schritt zurück, betonte hingegen Marek Krzakała. Wenn die Ukraine verliere, dann seien die angrenzenden Länder die nächsten.

## Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Mit einem Vortrag zu den mitteleuropäischen Interessen eröffnete Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Rektor der Andrassy Universität



Prof. Dr. Jiří Drahoš



Marek Krzakała



Dr. László Kövér

Budapest, die zweite Hälfte des Konferenztages. Mitteleuropa sei ein zentraler Bezugspunkt für Ungarn. Dies sei nicht nur kulturell und historisch gewachsen, sondern stehe auch auf dem Fundament gemeinsamer Interessen. Sie lägen unter anderem in der Absicherung der Rechte von Kleinstaaten, der nationalen Souveränität, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie in der Grenzsicherheit.

Prof. Dr. Jiří Pehe von der New York University in Prag akzentuierte etwas anders. Er sagte, dass Mitteleuropa als Konzept nicht gerade verständlich sei. Die Interessen und die gemeinsame Geschichte wären schwächer als die Unterschiede. Die frühere Aufgabe der Visegrád-Gruppe war es einmal, die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn auf den EU-Beitritt vorzubereiten. Aktuell lägen die Länder bei vielen großen Themen politisch weit auseinander. Oliver Schenk, Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien und Chef der

Sächsischen Staatskanzlei, forderte in der anschließenden Podiumsdiskussion aber genau das ein. Die Länder Mitteleuropas müssten ihre Interessen starkmachen, um erfolgreich zu sein. Dr. Kai-Olaf Lang von der Stiftung Wissenschaft und Politik suchte nach wissenschaftlichen Erklärungen: Mitteleuropa bewegten Gemeinsamkeiten und Ambivalenzen gleichermaßen. Länder wie Ungarn wollten nicht länger das Muster des Westens übernehmen, sondern ihre eigenen Profile stärken.

Die Konferenz endete mit einem differenzierten Lagebild. Einerseits kann und will kein Land auf die Chancen verzichten, die sich durch die Europäische Union ergeben. Zugleich wünschen sich die mitteleuropäischen Staaten, mit ihren Belangen in Brüssel ausreichend Gehör zu finden.

// Dr. Daniel Thieme

Bei der **Europawahl am 9. Juni 2024** können Sie mitbestimmen, wie Europa künftig aussehen soll. Nehmen Sie Ihr Recht wahr und gehen Sie zur Wahl!